

Von: [Katzian Wolfgang](#)

Gesendet: Montag, 6. Juli 2020 17:06

An: kurt.kumhofer@chello.at

Cc: [Strieder Denis](#)

Betreff: AW: Stellungnahme der FCG-Pensionistinnen & Pensionisten

Werter Kollege Kumhofer,

ich habe dein Schreiben erhalten und mit den zuständigen ExpertInnen besprochen. Der ÖGB hat in seiner Stellungnahme das gesamte Paket, aufgrund falscher Schwerpunktsetzung der Bundesregierung, abgelehnt. Ein Konjunkturpaket muss überwiegend Maßnahmen enthalten, die direkt bei jenen Menschen ankommen, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Darüber hinaus kritisiert der ÖGB seit Jahren, dass der Bundesbeitrag der Bauern von allen Berufsgruppen am höchsten ist. Gemäß dem Jahresbericht 2019 der österreichischen Sozialversicherung wurde der Pensionsaufwand der Bauern zu 84,3 % vom Bund und somit von den SteuerzahlerInnen gezahlt. Im Gegensatz dazu betrug der Zuschuss zu den Pensionen der ehemaligen ArbeiterInnen und Angestellten lediglich 11,7 % und bei den Selbständigen 36,2 %. Unter diesen Umständen vorzuschlagen, dass die Pensionsleistungen der Bauern noch weiter erhöht und gleichzeitig Beiträge gesenkt werden, wodurch der Bundesbeitrag der Bauern automatisch noch mehr ansteigt, hat im ÖGB zu großer Verärgerung und somit zur vollständigen Ablehnung des Gesetzesentwurfes geführt.

Was du auch wissen solltest: Die vorgeschlagenen Änderungen beruhen lediglich auf dem Wunsch eines Sozialpartners. Zu dieser Thematik wurden im Vorhinein keinerlei Gespräche mit den Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnenseite geführt und auch eine schriftliche Begutachtungsfrist von lediglich drei Tagen zeigt, dass kein wirkliches Interesse daran bestand, dass der ÖGB den Gesetzesentwurf positiv oder zumindest neutral bewertet. In deinem Brief schlägst du vor, dass der ÖGB die Zustimmung zur Abschaffung des Solidaritätsbeitrag der Bauern mit Forderungen junktimieren hätte sollen. Ich glaube nicht, dass diese „Rechnung“ aufgegangen wäre - wie bereits zuvor geschildert, die gewählte Vorgangsweise zum Gesetzesentwurf gezeigt hat, dass keinerlei Interesse bestanden hat, dass der ÖGB den Vorschlägen zu den Änderungen des Bauern-Sozialversicherungsgesetz zustimmt bzw. zumindest neutral gegenüber steht. Wir orten auch keinerlei Signale seitens der Regierung, dass der Pensionssicherungsbeitrag abgeschafft werden soll. In Anbetracht all dieser Umstände ist für uns nicht nachvollziehbar, dass eine Zustimmung zur Abschaffung des Solidarbeitrags der Landwirte zu einer Änderung der Haltung der Regierung zum Pensionssicherungsbeitrag führen würde.

Freundliche Grüße,
Wolfgang Katzian